

Medienmitteilung

Haushalt im Gleichgewicht

FDP befürwortet das Paket und will es nicht aufschnüren

In der gestrigen Ratssitzung behandelte das Parlament das Projekt „Haushalt im Gleichgewicht“, für das der Stadtrat 83 Massnahmen ausgearbeitet hatte, mit denen sich 11 Millionen Franken sparen lassen. Wie Fraktionschefin Sonja Döbeli Stirnemann in ihrem Votum ausführte, ist es eine der wichtigsten Vorlagen der laufenden Legislatur und ein sehr sorgfältig erarbeitetes, von externen Experten untermauertes Dokument. Dass es nicht überall auf Begeisterung stösst, versteht sich. Für die FDP-Fraktion ist jedoch klar, dass dieses Sparpaket nötig ist, weil die Stadt nicht auf Dauer über ihre Verhältnisse leben und sich an überhöhten Qualitätsansprüchen orientieren kann. Die Fraktion ist denn auch zufrieden, dass das Parlament das Paket mit einer geringfügigen Anpassung angenommen hat.

Wie Parteipräsident Fabian Reinhard betont, handelt es sich nicht um ein Sparprogramm nach der Rasenmähermethode: „Vielmehr geht es um die Überprüfung von Aufgaben. Leistungen sollen effizienter erbracht werden. Auch sind die vorgeschlagenen Einschränkungen sozialverträglich.“ Die Fraktion steht klar hinter dem stadträtlichen Vorschlag, nicht zuletzt weil sie damit eine Steuererhöhung vermeiden will. Auch sprach sie sich geschlossen gegen das Aufschnüren des Pakets aus, was verschiedene Betroffene für ihren Bereich, zum Beispiel die Bildung, gefordert hatten. Dort erklärte sie sich einverstanden mit dem Kompromiss, dass das Budget entgegen der Expertenempfehlung nur um 4,3 Millionen anstatt um 7,6 Millionen Franken gekürzt wird. Selbst wenn das ganze Sparpotenzial zum Tragen käme, wäre es immer noch möglich, das Niveau der kantonalen zu halten.

„Dass alle ihren Sparbeitrag leisten, ist nur fair“, begründet Fabian Reinhard die Haltung der Fraktion, das Paket als Ganzes anzunehmen. Sollte das angedrohte Referendum zustande kommen, wäre genau dies in Gefahr, was er bedauern würde. Für Sonja Döbeli Stirnemann zeichnet sich jedoch bereits jetzt ab, dass die aktuelle Vorlage kein einmaliges Projekt sein darf: „Angesichts der steigenden Kosten in der Pflege und in der Sozialhilfe dürften weitere Massnahmen folgen, damit das Schiff Stadt Luzern auch nach 2020 auf Kurs bleibt.“

Parteipräsident Fabian Reinhard unterstreicht dies: „Sparen dürfte für die Stadtverwaltung in den bevorstehenden Jahren eine Daueraufgabe sein.“ Nur so könne man den Herausforderungen der Zukunft begegnen, ohne dass der Haushalt aus dem Lot gerät. Schliesslich, gibt er zu bedenken, habe dies bei Weitem nicht nur schmerzliche Konsequenzen, sondern könne zu einem gesunden Abspecken führen.